

REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG

POLIS

3 | 2020

Schwerpunkt
Sprachbildung
im Politikunterricht

Zeitung

Erneut Thema: Wählen mit 16

Fachbeiträge

Constanze Spieß

Macht Sprache Politik? Ein Überblick über Funktionen, Merkmale, Handlungsfelder und Ebenen politischer Kommunikation

Marc Partetzke

Sprache und Politiklernen

Annemarie Jordan

Sprachkompetenz als Hürde für politische Mündigkeit?

Sven Oleschko

Sozialwissenschaftsunterricht war noch nie sprachlos und sollte es auch nicht werden

Didaktische Werkstatt

Sabine Manzel/Claudia Forkarth

Sprachbildung und Politisches Urteilen durch den textsortenbasieren Lehr-Lern-Zyklus anleiten – Ideen für die Unterrichtspraxis

DVPB aktuell

Impuls

Gülcan Akkaya: Von der Alltagssprache zum Racial Profiling

8,20 € (D)/8,40 € (A)/9,00 CHF



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

Editorial

In den vergangenen Jahren hat Sprachbildung als fächerübergreifende Kompetenz Einzug in die bundesdeutschen Lehrpläne genommen. Das übergreifende Ziel ist es, über das Erlernen von Fachsprache bildungssprachliche Fähigkeiten zu erwerben, die gesellschaftliche Teilhabe im weitesten Sinne ermöglichen. Im Rahmen eines klaren Entwicklungskonzeptes von Alltagssprache zu Bildungssprache sind auch die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer aufgefordert, sich mit diesem Thema vertieft auseinanderzusetzen und Umsetzungsmöglichkeiten für die Praxis auszuarbeiten.

Mit der Förderung von Sprachkompetenz im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht stellen sich auch grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von Sprache und Politik erneut. In einem Überblick erläutert *Constanze Spieß* aus sprachwissenschaftlicher Perspektive politische Kommunikation und zeigt auf, wie dabei Sprache strategisch genutzt wird. Welche Voraussetzungen und Implikationen das Verhältnis von Sprache und Politik insbesondere für das lernende Subjekt und damit auch für politische Lehr-Lernsituationen hat, arbeitet *Marc Partetzke* heraus.

Annemarie Jordan blickt in ihrem Beitrag darauf, welche Bedeutung Unterrichtssprache im Kompetenzerwerb hat und diskutiert, welche Hürden sich für Schüler*innen im Erreichen politischer Mündigkeit in Verbindung mit der Sprachfähigkeit ergeben können. *Sven Oleschko* fragt in seinem Beitrag, wie die Forderung nach Sprachbildung im Fachunterricht praktisch umgesetzt werden kann. Er plädiert dafür, den sprachsensiblen Fachunterricht als Chance zu begreifen.

In der Didaktischen Werkstatt stellen *Sabine Manzel* und *Claudia Forkarth* den Lehr-Lern-Zyklus als praktisches Element zur Sprachbildung im Politikunterricht vor.

Auch in der Zeit des coronabedingten Lockdowns hat sich die enge Verbindung zwischen Sprache und Politik gezeigt: So sind beispielsweise in Berlin Transparente und Graffiti genutzt worden, um trotz sozialer Isolation die politische Sprache nicht zu verlieren. Bilder davon finden sich in dieser Ausgabe.

Luisa Girus

POLIS

Sprachbildung im Politikunterricht

Zeitung

Erneut Thema: Wählen ab 16 4

Fachbeiträge

Constanze Spieß

Macht Sprache Politik? Ein Überblick über Funktionen, Merkmale, Handlungsfelder und Ebenen politischer Kommunikation 8

Marc Partetzke

Sprache und Politiklernen 12

Annemarie Jordan

Sprachkompetenz als Hürde für politische Mündigkeit? 16

Sven Oleschko

Sozialwissenschaftsunterricht war noch nie sprachlos und sollte es auch nicht werden 19

Didaktische Werkstatt

Sabine Manzel/Claudia Forkarth

Sprachbildung und Politisches Urteilen durch den textsortenbasieren Lehr-Lern-Zyklus anleiten – Ideen für die Unterrichtspraxis 22

DVPB aktuell

Impuls

Gülcan Akkaya: Von der Alltagssprache zum Racial Profiling 26

Klaus-Peter Hufer: Klaus Ahlheim – ein Nachruf 28

Termine 30

Berichte

1. Sitzung 2020 des Beirats der Fachstelle für politische Bildung 29

Brandenburg: Politische Bildung unter Corona-Bedingungen 29

Thüringen: Landesverband verlieh zum 11. Mal in Folge den

Abiturpreis 30

–: Landesverband feiert im November 30-jähriges Bestehen 30

Nordrhein-Westfalen: Die neuen Kernlehrpläne in NRW 31

LITERATUR

Rezensionen 32

Vorschau/Impressum 34



Zeitung

Erneut Thema: Wählen ab 16

Berlin. Vor genau fünfzig Jahren am 31.07.1970 wurde das Mindestalter für die Beteiligung an Bundestagswahlen von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Nach einer intensiven öffentlichen Debatte vor 25 Jahren begannen dann einige Bundesländer das aktive Wahlrecht für Kommunal- und Landtagswahlen weiter auf 16 Jahre herunterzusetzen. Gegenwärtig dürfen schon in 11 Bundesländern Jugendliche ab 16 an Kommunalwahlen teilnehmen; von diesen erlauben den 16- und 17-Jährigen auch vier (Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein) das Mitwählen von Landesparlamenten. Nur 5 Bundesländer halten bisher einheitlich am Mindestalter von 18 fest.

Seit Ende Juli dringt nun Bundesfamilien- und Jugendministerin Giffey auf eine weitere Herabsetzung bei bundesweiten Wahlen. Sie sei überzeugt davon, dass junge Leute mit 16 sehr wohl in der Lage seien, eine verantwortliche Wahlentscheidung zu treffen. Unterstützung erhielt sie von den Vorsitzenden von SPD und Grünen, Saskia Esken und Robert Habeck. Die SPD fordere die Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre für alle Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen, sagte Esken der dpa. Habeck meint, wir lebten in einer Zeit, in der die Mündigkeit der jungen Generation schon viel früher einsetzt. Dieser Entwicklung müsse der Gesetzgeber mit einer Wahlrechtsänderung nachkommen. CSU-Generalsekretär Markus Blume zeigte sich dagegen skeptisch und wies daraufhin, dass es sich bewährt habe, das Wahlrecht an die Volljährigkeit zu koppeln.

Während Linke, Grüne und SPD sich dafür einsetzen, den Grundgesetzartikels 38 (2) „Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat“, zu ändern, votieren Union, FDP und AfD nach wie vor gegen eine Reform. Nur vereinzelt gibt es abweichende Stimmen. Die Jungen Liberalen befürworten eine Herabsetzung des Wahlalters und der ehemalige CDU-Generalsekretär Polenz



meinte im SPIEGEL: „Meine Partei sollte in dieser Frage umdenken, so wie ich selbst umgedacht habe. Wenn die jungen Menschen mit 16 Jahren an Bundestags- und Europawahlen teilnehmen können, wird das jedes Mal ein großes Thema in den Schulen sein.“ (8.8.2020)

Was sagt nun die Forschung zu dieser kontroversen Frage? Zwei Politikwissenschaftler vom Otto-Suhr-Institut der FU Berlin (Thorsten Faas/Arndt Leininger: Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters; Frankfurt/Main, Juli 2020) haben in einer Studie im Zusammenhang mit den Landtagswahlen im September 2019 bei über 7.000 15-bis 24-Jährigen aus Brandenburg (Wahlrecht ab 16) und Sachsen (Wahlrecht ab 18) empirisch untersucht, welche Chancen und Risiken mit einer Absenkung des Wahlalters verbunden sind: „Wir finden wenig, was gegen eine Absenkung des Wahlalters spricht“, bilanziert Projektleiter Arndt Leininger. Man müsse allerdings darauf achten, dass mit der Absenkung nicht auch die soziale Ungleichheit der Wahlbeteiligung ansteige. Auch hätten begleitende Bildungsangebote einen großen Einfluss und bilanziert: „Ein Selbstläufer ist das nicht.“

Und die Münchner Wahlforscherin Julia Schulte-Cloos unterstreicht: „In Österreich haben sie das elegant gelöst. Dort haben sie schon 2007 das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt. Diese Reform wurde aber auch durch gezielte Maßnahmen begleitet: Beispielsweise mehr Unterricht zu Politik und Zeitgeschehen oder Kampagnen zur politischen Sensibilisierung.“ (JETZT. Jugendmagazin der Süddeutschen Zeitung. 31.07.2020)

Allerdings: Die erforderliche 2/3-Mehrheit für eine Grundgesetzänderung ist eine sehr hohe Hürde.



Politische Bildung in Corona-Zeiten

Politische Bildung ist systemrelevant für die Demokratie – mehr denn je

Prof. Klaus-Peter Hufer hat diesen Appell an Politiker*innen und politische Institutionen auf der Petitionsplattform CHANGE.ORG im Juni 2020 gestartet:



© Tanja Fohr/https://www.change.org/

Mit der Corona-Pandemie droht auch die Demokratie in eine Krise zu geraten. An den Demonstrationen gegen die Einschränkungen nehmen neben Bürger*innen mit berechtigten Sorgen um ihre Existenz auch Verschwörungphantasten, Antisemit*innen, Reichsbürger und Rechtsextremist*innen teil. Mehr noch: Rechtsextremist*innen versuchen, diese Demonstrationen zu instrumentalisieren und damit in der gesellschaftlichen Mitte anzudocken. Das ist die übereinstimmende Beobachtung von Kennern der Szene, vom BKA und dem Verfassungsschutz. Inwieweit ihnen das gelingt, ist für die Stabilität der demokratischen Kultur jetzt und „nach Corona“ entscheidend.

Angesichts dieser Entwicklung ist politische Bildung notwendiger denn je. Sie beruht auf den Ideen der Aufklärung, orientiert sich an den universalen Menschenrechten und leistet Überzeugungsarbeit für die Prinzipien einer pluralen und sozialen Demokratie. Es wurden Konzepte entwickelt und praktiziert, mit denen erfolgreich Prävention und Intervention gegen Fundamentalismus jeglicher Art geleistet wurde und weiterhin geleistet werden kann. „Dass politische Bildung systemrelevant ist, zeigt die Corona-Krise.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.5.2020)

Doch viele Veranstaltungen der politischen Bildung fallen Corona-bedingt aus, öffentliche

Räume für direkte Kommunikation fehlen. Die Folgen bedrohen unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Heimvolkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen stehen vor dem wirtschaftlichen Aus; kommunale Volkshochschulen können nur noch eingeschränkt politische Bildung anbieten. Viele politische

Bildner*innen sind freiberuflich tätig, etliche von ihnen haben keine Einkünfte mehr.

Wir, Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen, appellieren daher an alle Verantwortlichen im Bund, den Ländern und Kommunen, bei

den Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen die politische Bildung zu sichern. Nur so kann sie auch weiterhin aktiv und kreativ gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Demokratieverachtung arbeiten.

Dieser Appell wurde entwickelt von:

Prof. Dr. Klaus-Peter Hufer, Universität Duisburg-Essen, Politik- und Bildungswissenschaftler

Monika Engel, Historikerin, VHS-Leiterin und politische Bildnerin

Karin Kettling, Schauspielerin, freiberufliche politische Bildnerin

Jürgen Albrecht, Schauspieler, Theaterpädagoge (BuT) und freiberuflicher politischer Bildner

Doris Sandbrink, Diplom-Pädagogin, freiberufliche politische Bildnerin

Jürgen Schlicher, Geschäftsführer Diversity Works, Trainer, Berater, Coach

Erstunterzeichner*innen:

Prof. Dr. Helmut Bremer, Universität Duisburg-Essen, Professor für politische Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Tim Engartner, Goethe-Universität Frankfurt, Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt politische Bildung

Prof. Dr. Benno Hafener, Philipps-Universität Marburg, politischer Bildner in Fragen von „Demokratiegefährdung und Rechtsextremismus“

Prof. Dr. Detlef Horster, Leibniz Universität Hannover, Sozialphilosoph

Dr. Alexandra Kurth, Justus-Liebig-Universität Gießen, Politikwissenschaftlerin

Prof. Dr. Oskar Negt, Sozialwissenschaftler

Prof. Dr. Tonio Oeftering, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Professur für

Politische Bildung/ Politikdidaktik, DVPB-Bundesvorsitzender

Sascha Rex, DVV-Bildungsreferent und politischer Bildner

Maria Springenberg-Eich, leitende Ministerialrätin a.D., bis April 2020 Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen

Jürgen Wiebicke, Autor

Prof. Dr. Christine Zeuner, Helmut Schmidt Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Professur für Erwachsenenbildung
Inzwischen (Stand August 2020) haben 2253 Personen den Appell unterzeichnet.

Klaus-Peter Hufer zu den ersten Reaktionen: „Nach 2.000 Unterschriften wurden von mir per Briefpost der Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat sowie die Bundesministerin für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, die Vorsitzenden aller Bundestagfraktionen (außer der AfD), die mit politischer Bildung befassten Fachausschüsse sowie drei Bundestagsabgeordnete, von denen wir annahmen, dass sie sich für politischer Bildung besonders engagierten, angeschrieben. Die Reaktion: Es gab fünf Antworten, von denen zwei mehr oder weniger umfangreiche Eingangsbestätigungen waren. Explizit auf unser Anliegen geantwortet haben die Sprecherin für Bildungspolitik der Bundestagfraktion Bündnis 90/Die Grünen Margit Stumpp, der Staatssekretär Dr. Markus Kerber vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und Dr. Küppers, die Geschäftsführerin des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung. Damit bleibt die Hoffnung, dass die Initiative bei Beratungen zur Unterstützung der politischen Bildung vielleicht eine Rolle spielt.“